

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 293.

Dresden, Freitag den 19. Dezember 1902.

13. Jahrg.

Abonnementspreis
Für den wöchentlich erscheinenden Jahrgang des Sächsischen Arbeiter-Zeitung...
Redaktion
Mingenerstraße 22, 1. St.,
Dresden.
Telefon: Amt 1. Nr. 1798.

Inserate
Werben im Sächsischen Arbeiter-Zeitung...
Expedition:
Mingenerstraße 22, 1. St.,
Dresden.
Telefon: Amt 1. Nr. 1798.

An das arbeitende Volk Deutschlands!

Der Reichstag hat in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember nach einer ununterbrochenen fast 19stündigen Sitzung das Zolltarifgesetz und den Zolltarif mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist eine für die Zukunft Deutschlands folgenreiche Verhandlung vorläufig abgeschlossen worden.

Dieses Zolltarifgesetz, in Verbindung mit einem Zolltarif von 916 Positionen, von denen kaum 20 der verfassungs- und geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen worden sind, ist von uns mit allen uns zu Gebote stehenden parlamentarischen Mitteln bis zum letzten Augenblicke der Beratung auf das heftigste bekämpft worden.

Ausschlaggebend für unseren jähren Widerstand gegen die überhäufte Durcharbeitung des Zolltarifs war, daß eine Maßregel, von uns ungeheurer Tragweite für das gesamte Wirtschaftsleben unseres Volkes, nicht hätte beschließen werden dürfen, ohne daß das Volk selbst bei allgemeiner Neuwahl Stellung dazu nehmen konnte.

Aber aus Furcht vor dem verheerenden Vollsartikeln der Regierung und die Reichstagsmehrheit dieser selbstverständlichen Forderung ausgegangen. Unmittelbar vor dem verfassungsmäßig bevorstehenden Schluß dieser Legislaturperiode haben sie die Leute unter Druck und Zwang gebracht und damit den berechtigten Einspruch des Volkes auf die Übergabe unterbanden.

Wir leben in diesem Zolltarif, der den künftigen Verhandlungen für den Abschluß von Handelsverträgen mit ausländischen Staaten in Grund gelegt werden soll, eine der schwersten Schädigungen für die Lebenshaltung und die wirtschaftliche Entwicklung der arbeitenden Klassen des deutschen Volkes, insbesondere der arbeitenden Massen.

Dieser Tarif ist nicht geeignet, der deutschen Industrie, dem deutschen Verkehr und der deutschen Arbeit Handelsverträge zu sichern, die eine normale, dem Wohle der Gesamtheit förderliche Entwicklung ermöglichen; er erschwert sie vielmehr aufs höchste und gefährdet dadurch große Kreise in ihrer Existenz und führt sie dem Verfall zu.

Und das alles, um den unfehlischen und bürgerlichen Großgrundbesitzern und einem Teil der größeren bauerlichen Betriebe, sodann gewissen Kreisen der Großindustrie zu den allen weitere sehr erhebliche Vorteile auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsklassen zu verschaffen. Vorteile, die sich auf jährlich mindestens 500 Millionen Mark belaufen, durch welche Summe die Lebenshaltung der übrigen Massen, namentlich der Arbeiterklasse, belastet wird.

Trotz der Windmühlspiele auf Brot und Mehl, unter die bei Abschluß der künftigen Handelsverträge nicht gegangen werden darf, wird das tägliche Brot des deutschen Volkes im Vergleich zu dem Weltmarktpreis des Brotgetreides um nahezu 50 und für Weizen um über 40 Prozent verteuert.

Das deutsche Volk hat, soweit es nicht selbst sein Brotgetreide für den eigenen Bedarf baut, künstlich das zweifelhafte Glück, das teuerste Brot und das teuerste Mehl in der Welt zu essen!

Wie mit Brot und Mehl, steht es mit den Viehprodukten aller Art. Die von der Mehrheit des Reichstags beschlossenen und von den verbündeten Regierungen geschlossenen Sätze auf dem Ausland eingeführtes Vieh und eingeführte Fleischwaren erhöhen künstlich die Höhe um das Vielfache. So wird alles auch die Fleischnahme des Volkes, die schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Millionen Familien ein Luxusgenuss ist, entsprechend weiter verteuert, wodurch die Gesundheitsverhältnisse großer Bevölkerungsteile auf das schwerste geschädigt werden.

Und wie mit Brot- und Mehlprodukten aller Art steht es mit den übrigen Lebensbedürfnissen, auf die man ebenfalls die Höhe in hohem Maße erhöht oder, wie auf Wein, Obst, Wurst und anderes Geflügel, neu eingeführt hat.

Deutschland hat im Jahre 1900 für nicht weniger als 1962 Millionen Mark Nahrungs- und Genussmittel eingeführt, weil es sie entweder nicht in hinreichender Menge zur Ernährung der stetig anwachsenden Bevölkerung zu erzeugen im Stande ist — so bei Roggen, Weizen, Gerste, Erbsen, Futter, Rindfleisch, Geflügel aller Art — oder weil es andere Nahrungsmittel nach der Natur seines Klimas nicht erzeugen kann: wie Reis, Pfeffer, Thee, Süßholzwurzel, Gewürze.

Diese Höhe ist aber der agrarischen Produktionskraft zu Viehe noch sehr erheblich erhöht worden, so daß allein der jährliche Mehrwert an Zollentnahmen für die Reichskasse sich auf über 210 Millionen Mark beläuft, von denen 175 Millionen Mark auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und 35 Millionen Mark auf Industrieerzeugnisse entfallen. — eine Steuer, durch die in entsprechender Weise die Preise für den Gesamtverbrauch der Nation künstlich in die Höhe getrieben werden.

Man sieht denn, die schon haben, um denen noch das Rechte zu nehmen, die ohnehin an dem nötigsten Mangel leiden! So ist die Politik der Bereicherung der 1. habenden auf Kosten der Armen. — eine Politik, die in schreiendem Gegensatz mit der Gerechtigkeit und der Christlichkeit steht, weshalb gerade diejenigen, die in der Spitze dieser Lehren zu beten: Unter täglich Brot sich uns heute!

Die protestantische und katholische Geistlichkeit, sowie

die im Reichstag vertreten ist, hat dem Hunger- und Wucherzolltarif ihre Zustimmung und ihren Segen gegeben!

Und doch es gerade ein Adventsonntag war, an dem die Mehrheit des Reichstags diesen Tarif annahm, drückt dieser Handlung ein besonderes Gebräuge auf.

Nehete heute Christus wieder, er wäre der erste, der die Geißel über diese Brot- und Lebensmittelverteuerterschwänge, die sich brühen, in seinem Namen zu handeln, er wäre der erste, der sie zum Tempel hinausjagte, den sie durch ihre Handlungen schändeten.

Dem Klein- und Pargellenbauer läßt man vor, daß man die Getreide-, Vieh-, Geflügelzölle usw. nur einführe, um ihm die ärmliche Existenz zu erleichtern. Derselben Klein- und Pargellenbauern aber müssen, soweit sie nicht genügend Brotgetreide für den eigenen Bedarf bauen, die hohen Getreidezölle selbst mit tragen. Soweit sie ferner für ihre Vieh- und Geflügelzucht nicht genügend Futtermittel besitzen, müssen sie die hohen Zölle auf diese mit entrichten, so den fast doppelt so hohen Reis-, Gerste- und Haferzoll, die sehr erheblich erhöhten Zölle auf Getreide und andere Futtermittel. Außerdem erhöht man auch dem Kleinbäuerlichen und städtischen Kleinhändler, dem Fuhrmann und Droßkutscher, damit aus ärgerste die tägliche Existenz.

Den Handwerker läßt man, indem man ihm sagt, das höhere Einkommen der Landwirte käme auch ihm zu gute. Er, der schon unter der Konkurrenz des Kapitalismus leidet, muß künstlich nicht bloß seinen Brot- und Fleischverbrauch und alle übrigen Lebensmittel teurer bezahlen, sondern auch sein Handwerkszeug, sowie seine Roh- und Halbfabrikate, weil sie durch die Zölle verteuert werden, oder weil durch die Zollpolitik die Kartell- und Syndikatswirtschaft noch mehr begünstigt wird, die ihre Fabrikate nach innen zu Wasserpreisen, nach außen aber zu Exportpreisen abgibt. So wird der Ruin des Handwerkerstandes nur beschleunigt.

Die angeblichen Mittelstandeser in der Volkswirtschaft sind die Lohnarbeiter des Mittelstandes!

Den Arbeiter läßt man zu lauschen, indem man ihm sagt, die höheren Lebensmittelpreise werde er durch bessere Löhne in der volkswirtschaftlichen Industrie und Landwirtschaft zurück erhalten. Man verteidigt ihm, daß der Lohn sich nicht nach den Lebensmittelpreisen, sondern nach der Nachfrage nach Arbeitskräften richtet. Daß kein Unternehmer höhere Löhne zahlt, als er zahlen muß, daß er die übrigen Unternehmer überholt, die durch Zölle und Kartellwirtschaft Wirtschaftspraxis einheimen, ihren Arbeitern das Vereinigungs- und Koalitionsrecht rauben, ohne daß sie den Mann für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht aufnehmen können. Während gar dem Landarbeiter das Vereinigungs- und Koalitionsrecht zum Kampfe für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen gesetzlich verboten worden ist.

So bleibt auch unter der neuen agrarischen Zollerei der Landarbeiter ein moderner Sklave.

Bei der gewaltigen Ausfuhr Deutschlands an Industrieartikeln, deren Wert im Jahre 1900 rund 3000 Millionen betrug, können Millionen Familien von einer geistlich geführten Weltzollpolitik ab, die gestattet, mit dem Ausland sämtliche Handelsverträge abzuschließen. Aber es heisst kein Zweifel, daß der durch die Beschlässe der Reichstagsmehrheit für künftige Handelsvertragsverhandlungen als Grundlage geschaffene Tarif den Abschluß günstiger Handelsverträge für Deutschland aufs höchste gefährdet. Soweit aber Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs zu Stande kommen, werden diese wesentlich ungünstiger sein als die bisher in Kraft gebliebenen.

Im Jahre 1891 beschloß der deutsche Kaiser den Abschluß der im Augenblick noch geltenden Handelsverträge als eine „rettende That“ und in Bezug auf den Antrag Kantz erklärte er: man könne ihm nicht zuzumuten, Protektioner zu treiben.

Was damals als eine „rettende That“ angesehen wurde, erscheint heute der Reichstagsmehrheit und der Mehrheit der Regierungen — darunter in erster Linie der preussischen — als ein nationales Unglück, dessen Folgen man so rasch als möglich durch den Abschluß neuer Handelsverträge auf Grund des Wucherzolltarifs beseitigen müsse.

Die Folge ist, daß in erster Linie die deutsche Arbeiterklasse nicht nur durch die kommenden erhöhten Lebensmittelpreise in eine ungünstigere Lage herabgedrückt wird, sondern daß auch durch ungünstige Handelsverträge Industrie und Verkehr aufs schwerste geschädigt werden, was wieder unheimlich auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einwirken muß.

Der deutsche Arbeiter — und mit ihm seine Familie — wird also mit doppeltem Katen gepeinigt. Aber wird das tägliche Brot und die ganze Lebenshaltung in einer Weise verteuert, wie sie kein Arbeiter eines anderen Kulturlandes kennt, und außerdem hat er mit den ungünstigen Arbeitsbedingungen zu kämpfen, die ihm den Lohn kürzen und das schwere Leben noch schwerer machen.

Das ist die Lage, in welche die deutsche Arbeiterklasse dadurch kommt, daß sie in ihrer Mehrheit in bedauerlicher Verblendung bei den Wahlen ihren schärfsten Gegnern ihre Stimme gab!

Doch die Erkenntnis von diesem volk- und arbeiterfeindlichen Treiben bricht sich Bahn, insbesondere in den Kreisen der Arbeiter. Die bisher dem Zentrum überlassen liehen. Um der steigenden Unzufriedenheit in diesen Kreisen entgegen-

zuwirken und eine Deckung für seine gemeinshädliche Zollpolitik zu finden, brachte das Zentrum einen Antrag ein, wonach gewisse Erträge aus den erhöhten Zolleinnahmen im Betrage von 90 Millionen Mark pro Jahr für die Errichtung einer Witwen- und Waisenversicherung aufgeweiht werden soll. Doch schnell ward dem Zentrum durch die seiner eigenen Mäßigkeit und es letzte regierungstreu seine Forderung auf 50 Millionen herunter.

So erklärt sich dieser Antrag als eine Bewusstseinsabmilderung des Zentrums für den Zündstoff, den es durch die Zustimmung zu dem Wucherzolltarif beugte.

Die Vorteile, die die deutsche Unternehmungsklassen, insbesondere die große und mittlere Landwirtschaft, aus der gesamten Zollpolitik des Deutschen Reichs künftig zieht, belaufen sich auf mindestens 1200 Millionen Mark im Jahre. Von diesem Profiteffekt sollen künftig höchstens 50 Millionen Mark für eine Witwen- und Waisenversicherung angelegt werden. Das bedeutet, daß von jeder Mark, die eine deutsche Arbeiterfamilie für ihre Lebenshaltung mehr ausgeben muß, ganze vier Pfennige für Witwen- und Waisenunterstützung verwendet werden sollen. Und selbst diese Unterstützung ist noch in weite Ferne gerückt. Der deutsche Arbeiter hat also nur den Schein der Trost, daß, wenn er infolge schlechterer Ernährung und arbeitsreicher Lebenshaltung fröhlicher ins Grab liegt, seine Witwe und seine Kinder einige Pfortennennige als Witwen- und Waisenversicherung erhalten, wodurch ebendieselbe Unterhaltungslosigkeit der Gemeinde gegen diese erleichtert wird.

Wenn trotzdem auch wir diesem Antrag beistimmen — nachdem unter eigener Antea, ca. 500 Millionen Mark pro Jahr für den gleichen Zweck zu verwenden, mit Hilfe des Zentrums von der Mehrheit abgelehnt werden muß —, so thaten wir dieses nicht etwa, weil wir dem Antrag des Zentrums eine besondere Wirkung für den in Aussicht genommenen Zweck zuschreiben, dazu sind die 50 Millionen viel zu wenig. Für uns war maßgebend, daß jede Milliarde Mark, die wir dem geringen Nutzen des Reichstages für einen humanitären Zweck zurechnen, dem Militär- und Marineetat verlorren ging, also einem kulturfeindlichen Zweck zuströmen würde.

Ueber die demokratische Absicht des Zentrumsantrages und seine thätliche Unzulänglichkeit haben wir uns nie geäußert, und seine Annahme macht das Bewußtsein, das das Zentrum durch seine Zustimmung zum Wucherzolltarif an den Armen und Elenden begangen hat, um kein Haar leichter.

In eine Vereitigung aber auch nur an eine wesentliche Ermäßigung der Zölle auf die notwendigen Lebensmittel ist, solange die jetzigen Parteiverhältnisse bestehen und das Deutsche Reich das bleibt, was es ist — ein Militär- und Marineetat — nicht zu erwarten. Die Einnahmen aus den Brot- und Lebensmittelpreisen bilden seit langem eine seiner Haupt-einnahmequellen für die Militär- und Marineausgaben, die bis auf den letzten Pfennig hierfür Verwendung finden. Direkte Steuern aus dem Vermögen oder Einkommen für das Reich zu zahlen, weigern sich aber die herrschenden Klassen auf Tod und Leben.

Wie der gemeine Mann für das Reich die Lasten der Militäretat zu tragen hat, so auch hauptsächlich die Steuer an Geld. Es liegt in der Natur des Klassenhaates, daß er die Rechte und Freiheiten vorzugsweise für die Schenkenden in Anspruch nimmt und den Rückbehaltenden hauptsächlich die Lasten und Pflichten aufzulegt!

Mit diesem Grundgedanken kam das Reich zur Welt und diesem Grundgedanken bleibt es treu, solange seine Grundzüge die gleiche ist, die Herrschaft des Kapitalismus und des Militarismus, d. h. die Ausbeutung und Unterdrückung des Widerstand durch den Reichs.

Gegenwärtig betragen die Militär- und Marineausgaben direkt und indirekt pro Jahr erheblich über 1000 Millionen Mark, und jedes Jahr steigen sie aufs neue. Da es es Pflicht, das Anwachsen dieser Ausgaben nach Möglichkeiten zu erschweren. Dieses ist der einfache und natürliche Grund für unsere Stellung zum Antrage des Zentrums. Wie behaupten wir, daß wir dem Militär- und Marineetat nicht noch weit mehr von den Mitteln entziehen könnten, wie wir dieses nacheinander durch Anträge auf Heberweisung von Zollentnahmen für Volksschulzwecke, für Aufhebung der Salzsteuer, der Zucker- und Branntweinsteuer und der Prämien- und Lebensversicherungsbeiträge vermindert haben.

Auch hier war es die reaktionäre Mehrheit, die sich aus den Nationalliberalen, dem Zentrum und den konservativen Parteien zusammensetzte, die die Annahme unserer Anträge bereitete. Insbesondere haben sich neben dem Zentrum — von den Monarchisten zu schweigen — die Nationalliberalen in ihrer ganzen Volk- und Arbeiterfeindschaft gezeigt. Was immer an Gewalt und Unrecht und reaktionären Maßnahmen bei Beratung des Zolltarifs gegen die Opposition im Reich gesetzt wurde, die Nationalliberalen stimmten jubelnd zu!

So wurde das Zollgesetz mit dem Zolltarif trotz unserer vermittelten Gegenwehr, die wir seiner Annahme bis zum letzten Augenblicke entgegensetzten, angenommen.

Aber was angenommen wurde ist nicht der Tarif, den die Mehrheit wollte, auch nicht der Tarif, den die Regierungen wollten. In der Verweigerung des Kampfes wider uns, die Minorität, und in der Angst, die Preise zu verlieren, machte man aus der Not eine Tugend.

Als am 14. Dezember, morgens frühzeitig, auf fünf Uhr, der Reichstagspräsident Graf Bismarck, holt auf seine Forderung, das Reingeborene zärtlich an die Brust drückte, überließ er, daß